

mit geänderten Zugangsvoraussetzungen, die natürlich geprüft werden müssen, bearbeiten. Über die Mehrarbeit wird sich ausgeschwiegen.

Für die „neue“ SPA-Ausbildung: Schülerinnen und Schüler mit erweitertem Einfachen Schulabschluss (es wird seitens der Behörde noch juristisch geprüft, was „erweiterter“ ESA bedeutet!!!) können sich für eine 2 1/2 Jahre dauernde Ausbildung bewerben. Eine APO für diesen neuen Bildungsgang existiert unseres Wissens noch nicht.

Parallel muss ein Curriculum für das zusätzliche halbe Jahr und die Gestaltung des Übergangs in die dann anschließende dreijährige Erzieher_innenausbildung erarbeitet werden. Auch

in den regulären zweijährigen Bildungsgängen stehen Änderungen an. Dies alles bis zum 1.8.2017, denn dann kann mit dieser neuen Ausbildung begonnen werden. Wer setzt das um? Der Herr Senator oder die Schulleitungen? Wohl nicht...

Alle Fachschulen haben jetzt schon einen eklatanten Lehrer_innenmangel und bekommen dennoch keine neuen Stellen von der Behörde zugewiesen. Für alle Beruflichen Schulen gilt:

Keine neuen Stellen! Wie also soll die Versorgung zusätzlicher Schüler_innen gewährleistet werden?

Ebenso ist es mit den Raumkapazitäten: alle Schulen platzen jetzt schon aus den Nähten. Wo sollen zusätzliche Schüler_in-

nen untergebracht werden? Oder werden Klassen mit bis zu 30 Schüler_innen in Räumen, die auch aus pädagogischen Gründen für 20 Schüler_innen konzipiert sind, unterrichtet werden?

Die „neue“ SPA-Ausbildung soll zunächst als ‚Pilot‘ laufen, d.h., sie muss nach einem Probeauftrag evaluiert werden. Wer garantiert eine adäquate Evaluation, wenn zur ‚Massenproduktion‘ von Absolvent_innen aufgerufen wird?

Ach ja, wir ...denn an uns bleibt die ‚MehrArbeit‘ hängen, natürlich ohne zusätzliche Ressourcen. Wir sind ja auskömmlich!

CLAUDIA WYSTRACH, FSP II
ANDREA WEISZ, W13

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNGEN

Auf Sand gebaut

Vor zwei Jahren, auf dem Höhepunkt des Flüchtlingszustroms, stellte Hamburg knapp 50 DaZ-Kolleg_innen in den Berufsschulen befristet ein. Viele dieser Verträge werden nun nicht verlängert bzw. entfristet. Interview mit Lehrkräften – die Namen sind der Redaktion bekannt

hlz: *Wie seid ihr darauf gekommen, euch beim HIBB zu bewerben?*

Wir kennen prekäre Arbeitsverhältnisse, viele von uns hatten befristete Verträge. Die Bewerbung auf dem Berufsschul-Portal erschien attraktiv: Es gab viele Berufsschulen, die dringend Lehrkräfte suchten und uns einstellen wollten.

Wir rechneten damit, als Quereinsteiger_innen mit mehrfachen Abschlüssen und langjähriger Unterrichtserfahrung eine langfristige Berufsperspektive an den Berufsschulen zu haben. In der damaligen Situation, als viele Flüchtlinge in unser Land gekommen sind, hat die Behörde händeringend nach Leh-

rerinnen und Lehrern gesucht. Wir wurden z.T. aus früheren Arbeitsstellen „abgeworben“. Auch heute noch erhalten wir die Rückmeldung, dass unsere Arbeit gebraucht wird. Wir gelten als Expert_innen und trotzdem verlieren wir unsere Arbeit.

Die meisten von uns haben Sprachwissenschaften studiert – Germanistik, Sprachlehrforschung, Anglistik –, zum Teil mit dem Schwerpunkt DaZ (Deutsch als Zweitsprache). Einige haben vorher eine Berufsausbildung absolviert. Alle verfügen über jahrelange Erfahrung im DaZ-Bereich.

Insbesondere die Kolleg_innen in Vollzeit haben ihre vorherige berufliche Tätigkeit aufgegeben. Eine Rückkehr zur

früheren Arbeitsstelle ist nicht möglich, denn der Wechsel vollzog sich oft abrupt. Die Tore zurück sind jetzt verschlossen, die Arbeitsplätze dort von neuen Kolleg_innen besetzt, die uns damals ersetzt haben. Aktuell gibt es wenig freie Stellen für uns.

hlz: *Was hat die Schulbehörde/Schulleitung euch versprochen?*

Wir haben auf zwei Jahre befristete Verträge beim HIBB unterschrieben. Damals wirkte es auf uns so, dass eine Anschlussbeschäftigung kein Problem wäre. Ich habe mir deshalb auch keine weiteren Gedanken gemacht. Die Weiterbeschäftigung schien bis vor kurzem möglich

zu sein. Viele von uns haben sich weitergebildet, um z.B. auch in der dualen Ausbildungsvorbereitung (AV-dual) tätig sein zu können und den neuesten pädagogischen Ansprüchen gerecht zu werden. Wir wurden für die Konzeptentwicklung AVM (Ausbildungsvorbereitung für Migrant_innen) gebraucht und in verschiedenen Unterrichtsfächern eingesetzt. Ich hielt es für ausgeschlossen, dass mein Vertrag nicht entfristet wird. Nachdem wir die Mitteilung erhalten haben, dass wir über unsere Vertragslaufzeit hinaus nicht weiterbeschäftigt werden, hat die Schulleitung Hilfe beim Finden einer Anschlussbeschäftigung in der Berufsschule versprochen, einigen von uns auch eine Übernahme in Aussicht gestellt.

hlz: *Wie werdet ihr bezahlt? Unter welchen Bedingungen habt ihr die Arbeit begonnen?*

Anfangs sollte Keine_r mehr als Vergütungsgruppe E 10 Stufe 1 erhalten; teilweise ist unsere Bezahlung nachträglich auf E 11 angehoben worden. Auch die Einstufungen wurden im Nachhinein teilweise erhöht, aber nur, wenn wir uns selbst darum bemüht haben. Die Anregung des Personalrats hat dazu beigetragen, dass wir nachgefragt haben. Berufliche oder universitäre Abschlüsse wurden nicht immer ausreichend anerkannt. Ein Studium mit Magisterabschluss wurde wie ein Bachelorabschluss gewertet und entsprechend niedriger vergütet.

Wir hatten damals die Hoffnung, dass wir nach dem Ende der Befristung weiterbeschäftigt werden würden, denn der Bedarf an qualifizierten DaZ – Expert_innen an den Berufsschulen bleibt bestehen. Deshalb haben wir uns auf die Einstellungsbedingungen eingelassen und uns mit der Einstufung zufrieden gegeben. Im Nachhinein betrachtet war dies ein Fehler.

Die Arbeitsbedingungen, die wir anfangs vorfanden, waren ziemlich unzureichend. Die Raumbedingungen waren z.T. beengt, es fehlte an Räumen und an Material. Alle zwei Wochen wurden neue Schülerinnen und Schüler eingeschult, die in neuen Klassen aufgefangen werden mussten. Die bestehenden Klassengemeinschaften wurden zusätzlich immer wieder schülerorientiert umgestellt. Es gab zwar erste Erfahrungen und laufende Pilotprojekte in der AVM, aber keine endgültig evaluierten und bereits standardisierten Konzepte für die Arbeit mit jugendlichen, unbegleiteten Flüchtlingen. Wir haben diese Konzepte mit entwickelt. Unsere Arbeit war und ist sehr herausfordernd.

hlz: *Welche Arbeit macht ihr in der Berufsschule?*

Im ersten Jahr unserer Arbeit in der Berufsschule lag der Schwerpunkt auf dem Spracherwerb. Wir haben Deutsch (als Zweitsprache), Wirtschaft und Gesellschaft und in der Alphabetisierung unterrichtet. Im zweiten Jahr wurden wir zusätzlich auch in anderen Fächern, z.B. Englisch eingesetzt und unterrichten z.T. auch gemeinsam mit den Kolleg_innen in der dualen Ausbildungsvorbereitung.

Wir begleiten die Schülerinnen und Schüler in allen Phasen der Ausbildungsplatzsuche: bei der Bewerbung, Akquise der Praktikumsplätze und in den Betrieben. Wir sorgen auch außerschulisch für fundierte Sprachbildung und unterstützen den Erwerb der Fachsprache vor Ort.

Unsere Schülerinnen und Schüler benötigen auch kulturelle Vermittlung, d.h. viele Dinge, die für hier aufgewachsene Jugendliche selbstverständlich sind, müssen lange und ausführlich erklärt werden. Viele von ihnen sind ohne Eltern hier, daher benötigen sie mehr Unterstützung, auch weil viele von ih-

nen durch die Fluchterfahrungen traumatisiert sind. Nicht zuletzt deshalb haben sie z.T. eine sehr enge Bindung und einen intensiven Kontakt zu uns aufgebaut. Zusätzlich kommunizieren wir viel mit ihren Betreuer_innen, den Schulpsycholog_innen vom BZBS (Beratungszentrum Berufliche Schulen), sind im Kontakt zu den Verantwortlichen in Wohnunterkünften, Einrichtungen und Behörden.

Wenn unsere Verträge gekündigt werden, dann verlieren die Jugendlichen ihre vertrauten Mentor_innen, während sie sich auf ihre Abschlussprüfung vorbereiten.

hlz: *Wie bewertet ihr eure persönliche Situation?*

Wir kennen die prekären Arbeitsbedingungen, denn wir haben jahrelang genau unter diesen Rahmenbedingungen, bei Volkshochschulen, freien Trägern etc. unterrichtet. Wir mögen unsere Arbeit in der Berufsschule. Gerade deshalb hat es uns stark getroffen, diese Arbeit beenden zu müssen.

Viele von uns haben zwei Jahre verloren, in denen wir unser zukünftiges berufliches Leben hätten weiterentwickeln können. Aus heutiger Sicht: Ich hätte diese Arbeit nicht angenommen, hätte ich vorher gewusst, dass es keine Perspektive gibt. Damals dachten wir, für unser Land, für Hamburg, für unsere Demokratie zu arbeiten und einen Teil zur Integration beizutragen.

Ich hätte auch sehr gern weiter gearbeitet, sehe die zwei Jahre aber auch als Bereicherung an, da wir auch viel gelernt und tolle Kolleg_innen kennen gelernt haben. Tragisch ist allerdings tatsächlich, dass sich unsere berufliche Perspektive durch die zwei Jahre Arbeit an einer staatlichen Berufsschule eher verschlechtert hat.

hlz: *Mit welcher Begründung*



wird euer Vertrag nicht verlängert/entfristet?

Die Schulleitungen hätten aufgrund des Bedarfs die Möglichkeit gehabt, uns einzustellen. Das HIBB hat den Schulleitungen aber die Empfehlung gegeben, dies nicht zu tun, da wir formal „nur“ ein Unterrichtsfach studiert haben. Das entspräche nicht dem herkömmlichen „Lehrerprofil“ und wir wären nicht so vielfältig einsetzbar. Da wir einen auf zwei Jahre befristeten Vertrag haben, werden wir nicht weiter beschäftigt, weil wir sonst ein Recht auf Festanstellung einklagen könnten. Auch eine Weiterqualifizierung, um den formalen Ansprüchen gerecht zu werden, wurde uns nicht angeboten.

hlz: Welche Möglichkeiten

gäbe es, euch im Schuldienst weiterhin zu beschäftigen?

Es gibt die Möglichkeit einer Weiterbildung zum Weltlehrer / zur Weltlehrerin für Kolleg_innen, die in ihrem Herkunftsland studiert haben. Sie erhalten durch diese Zusatzqualifikation die Möglichkeit, das Referendariat zu absolvieren. Nach erfolgreichem Abschluss können sie sich an Hamburger Schulen als Lehrkräfte bewerben. Sie können dann auch unbefristet beschäftigt werden. Dieser Weg ist uns aber leider verschlossen, da wir unser Studium in Deutschland absolviert haben. Eine berufsbegleitende Qualifizierung, die dann eine Festanstellung ermöglichen würde, wäre eine gute Alternative. Unser Land muss viele Geflüchtete integrieren.

Wir, die Expert_innen für diese Arbeit, werden auf die Straße gesetzt, obwohl unsere Expertise dringend gebraucht wird.

Die Wertschätzung, die wir für unsere Arbeit durch die Schulleitungen und Kolleg_innen erfahren, ist menschlich sehr wohlthuend und wir schätzen sie. Aber faktisch ist sie ohne Nutzen. Auch die Situation in den Lehrerzimmern ist mitunter schwierig, die Kolleg_innen wissen oft nicht mehr, wie sie mit uns sprechen sollen.

Diese Situation ist sehr kraftraubend für uns alle. Da wir damals nach Bedarf eingestellt wurden, enden die ersten Verträge im Oktober, die längste Laufzeit ist bis zur Mitte des nächsten Jahres. Dies ist keine leichte Situation, menschlich wie organisatorisch. Wir werden mitten im Schuljahr aus unseren Teams herausgerissen, müssen uns um eine neue Beschäftigung kümmern und letztendlich mit Kolleg_innen das neue Schuljahr planen und denjenigen zuarbeiten, die unsere Arbeit weiterführen werden.

hlz: Kann der Personalrat etwas für euch tun?

Die Personalräte wollten helfen und haben in Gesprächen beraten. Zu Beginn waren sie verwundert über unsere Gehaltsgruppe, über unsere Eingruppierung. Sie haben uns Tipps gegeben, wie wir diese evtl. verbessern können. Die befristeten Verträge, die wir unterschrieben haben, sind rechtlich aus ihrer Sicht in Ordnung.

hlz: Dann ist jetzt das politische Engagement der GEW gefragt. Immerhin war eine der Hauptparolen auf der diesjährigen 1. Mai-Demonstration gegen die prekären Arbeitsverhältnisse in diesem Lande gerichtet!

Das Interview führte
WOLFGANG SVENSSON.